

Strompreisschock in Österreich: Regierung gefährdet heimische Energiezukunft!

Neue österreichische Regierungsmaßnahmen zur Erlösabschöpfung bei Strom gefährden die Energieproduktion. Experten warnen vor negativen Folgen.

Österreich - Am 7. März 2025 hat die neue österreichische Bundesregierung im Parlament einen drastischen Beschluss zur Erlösabschöpfung bei Stromanlagen verabschiedet. Die Maßnahme, die eine unverhältnismäßige Belastung für die heimischen Stromproduzenten darstellt, soll 200 Millionen Euro in die Staatskasse bringen. Kritiker befürchten jedoch, dass diese kurzfristigen Einnahmen wie ein Bumerang zurückschlagen und langfristig zu einem Rückgang der Staatseinnahmen führen. Laut Pechtl-Grundnig von der Branchenvertretung ist diese Entscheidung besonders bedenklich, da sie genau in einer Phase fällt, in der massive Investitionen in die heimische Energieproduktion nötig wären. Die Maßnahmen könnten die Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugungsanlagen gefährden und dazu führen, dass Österreich vermehrt auf Atomstromimporte angewiesen wird. Die höchste Dringlichkeit für Investitionen stünde somit in direktem Widerspruch zu dieser politischen Entscheidung, die zudem ohne transparente Begutachtung durchgesetzt wurde, wie **oekonews.at** berichtete.

EU-Teil der Debatte

Parallel zu den nationalen Herausforderungen zeigt sich ein besorgniserregendes Bild auf europäischer Ebene. In den letzten

dreißig Jahren hat sich ein komplexes Regelwerk an Fiskalregeln innerhalb der EU gebildet, um öffentliche Finanzen nachhaltig zu gestalten. Doch die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Konflikt angestiegenen Staatsschulden haben diesen Zielen stark zugesetzt. Die Reformen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln erhöhen nun den Druck auf die nationalen Haushalte. Diese geplanten Änderungen könnten jedoch die Investitionslage weiter belasten, da strenge Grenzwerte für Schulden und Defizite festgelegt werden, die wenig Raum für notwendige zukünftige Investitionen bieten. Laut **iwkoeln.de** erhöhen die strengen Vorgaben das Risiko von Fehlsteuerungen während des Wandels, während gleichzeitig massive Investitionen benötigt werden, um die wirtschaftliche Dynamik Deutschlands und der EU nicht zu gefährden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www2.oekonews.at • www.iwkoeln.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at